

Beschluss des Landrats vom 16.01.2025

Nr. 937

33. Standesinitiative: Reduktion von unnötigen Kurzstreckenflügen 2024/564; Protokoll: pw, bw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Tim Hagmann (GLP) sagt, der EuroAirport sei ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region. Es gilt jedoch einen Spagat zu machen zwischen den legitimen Interessen der Wirtschaft wie auch der Flugreisenden zu jenen Menschen, die hier leben. Der EuroAirport hat vor kurzem 9,1 Millionen Passagiere erreicht und er wächst weiterhin. 50 % der Baselbieter Bevölkerung sind betroffen vom Fluglärm, wobei Allschwil einen grossen Teil des Fluglärms zu tragen hat. Der Markt ist ein unheimlich mächtiges Instrument und insbesondere der Preis als Signalwirkung ist ein gutes Informationssystem. Aus der Ökonomie ist aber bekannt, dass es mit dem Preissignal ein Problem gibt, wenn gewisse externe Effekte und Kosten nicht abgebildet werden in diesem Preis. Dies ist bezüglich Fluglärm der Fall. Die Passagiere, die fliegen, tragen diese Kosten nicht beziehungsweise sind die Kosten im Preis nicht enthalten. Bei alternativen Verkehrsmitteln ist dies anders. Beim Fluglärm gibt es nicht so viele Möglichkeiten, etwas zu machen, und die Interessensabwägung ist schwierig. Es ist aber so, dass es Kurzstreckenflüge gibt, bei denen die Passagiere Alternativen zum Flugzeug hätten. Namentlich sind dies Flüge nach Paris, Frankfurt und München. Bei diesen Flügen könnte als liberales Instrument – im Gegensatz zu einem Verbot – eine Lenkungsabgabe erhoben werden. Wenn ein Flug nach Paris absolut notwendig ist, dann kann dieser mit einer Lenkungsabgabe auch weiterhin stattfinden. Das Preissignal wird aber sauber adjustiert und entsprechend sind alternative Verkehrsmittel attraktiver und werden auch eher gewählt werden. Es geht nicht um ein Verbot, sondern darum, dass die Kosten sauber internalisiert sind und entsprechend auch der Fluglärm abnimmt. Tim Hagmann bittet um Überweisung. Er ist bereit die Motion in ein Postulat umzuwandeln, ist diesbezüglich aber auf die Meinung der Juristinnen und Juristen angewiesen. Bisher war er nämlich der Meinung, dass Standesinitiativen als Motion überwiesen werden müssen.

Balz Stückelberger (FDP) stellt fest, es sei ein schwieriger Nachmittag für Tim Hagmann und die FDP-Fraktion, was die vorhin erwähnte Qualitätskontrolle angehe. In der FDP gibt es nicht nur die Vorstosskategorie «die Sonne geht im Osten auf», sondern auch die Kategorie «Eigengoal». Erstens handelt es sich um eine Standesinitiative und die FDP hat einen etwas restriktiven Blick auf dieses Instrument. Standesinitiativen sollen sehr sorgfältig gewählt werden und sollen dann von einem Kanton nach Bern getragen werden, um in der Bundespolitik etwas anzustossen, wenn man als Region ein ganz besonderes Anliegen hat, das die ganze Region effektiv betrifft. Andere Standesinitiativen etwa zum allgemeinen Weltgeschehen werden abgelehnt, dies auch mit Blick auf die Effizienz. Diesbezüglich lohnt sich auch ein Blick auf die Erfolgsquote von Standesinitiativen, insbesondere auch jener Standesinitiative zum praktisch identischen Thema vor ein paar Jahren überwiesen und in Bern versenkt worden ist. Als Freisinnige wehrt sich die Fraktion zudem – dies ein zweiter Punkt – gegen Bevormundungen. Tim Hagmann hatte zwar gesagt, er wähle das liberale Instrument der Lenkungsabgabe – und kein Verbot – aber in der Hierarchie steht die Freiheit zuoberst. Dies als Hinweis von wirklich Liberalen zu den Grünliberalen. Ja, Kurzstreckenflüge sind tatsächlich unsinnig, aber wer von Basel nach Paris das Flugzeug nimmt, dem ist nicht mehr zu helfen. Mit dem TGV ist man schneller. Um dies zu verstehen, braucht es keine Standesinitiative. Paris ist übrigens auch keine Top-Destination des EuroAirport. Drittens handelt es sich um einen

binationalen Flughafen und es ist möglich, auf das französische Verkehrsrecht zu wechseln. Eine Fluggesellschaft, die heute nach Schweizerrecht abfliegt, kann schon morgen nach französischem Recht fliegen. Dann ist man von der Schweizer Regelung nicht mehr betroffen und es würde sogar Mehrverkehr angezogen, da Flüge ab Zürich neu ab dem EuroAirport nach französischem Verkehrsrecht abfliegen würden. In Frankreich gibt es zwar ein Verbot von Kurzstreckenflügen, aber es handelt sich um ein innerstaatliches Verbot, das nur die Flüge von Bordeaux, Nantes und Lyon nach Paris-Orly betrifft. Die Flüge nach Paris Charles-de-Gaulle fallen nicht darunter, weil es ein Umsteige-Flughafen ist.

Die FDP-Fraktion lehnt den Vorstoss entschieden ab, weil es erstens eine Standessinitiative ist, die nicht die Qualität einer Standessinitiative hat. Zweitens ist es eine absolute Bevormundung für etwas, das nach gesundem Menschenverstand sowieso schon klar ist. Die Topdestinationen des EuroAirports sind zudem mit Pristina, London, Barcelona keine Kurzstrecken. Zudem müsste man wirklich überlegen, ob mit der Umsetzung der Initiative der Flughafen nicht sogar gestärkt und es zu mehr Verkehr kommen würde. Aus Sicht des Flughafens wäre dies vielleicht interessant, aber sicher nicht aus Sicht der Bevölkerung. Die FDP-Fraktion lehnt die Standessinitiative sowohl als Postulat als auch als Motion ab.

Markus Meier (SVP) kann Tim Hagmann beruhigen. Er und die SVP-Fraktion würden sowieso jegliches zur Verfügung stehende Instrument kategorisch ablehnen. Markus Meier stellt weiter fest, dass fast keine Landratssitzung ohne neue Verbote abgeschlossen wird und dass der Fluglärm eine stete Thematik ist. Der Landrat hat jeweils das Gefühl, den Menschen Vorschriften machen und in deren Freiheit eingreifen zu müssen. Beim vorliegenden Anliegen geht es um die «Unnötigkeit» von Flügen. Markus Meier stellt sich einen neuen Diplomlehrgang für Unnötigkeitsexperten vor, die dann bewerten, was wirklich unnötig und was nötig ist. Die Auswirkungen einer Einführung wurden ebenfalls bereits aufgezeigt. Es würde ein Ausweichverkehr stattfinden bzw. die Branche wüsste sich zu helfen, und alle Massnahmen, die der Landrat gegebenenfalls beschliessen würde, nützen der Sache sowieso nicht.

Es werden wirtschaftlich bedingte, tourismusbedingte und private Flüge im Vorstoss genannt. Es stellt sich die Frage, welche Flüge es ausserhalb dieser drei Kategorien überhaupt gibt. Man bewegt sich also auch hier als Sisyphus – nebst dem, dass wir ja jetzt von Balz Stüchelberger bereits gehört haben, dass dies im Gesamtkontext gar nichts bringen würde und nicht funktionieren würde. Die SVP-Fraktion lehnt auf jeden Fall jeglichen Vorstoss in diese Richtung einstimmig ab.

Désirée Jaun (SP) führt aus, das Anliegen, mit einer Lenkungsabgabe Kurzstreckenflüge zu reduzieren, sei bereits seit längerer Zeit bekannt. Es ist noch immer aktuell und nicht gelöst. Wie bereits ausgeführt wurde, ist es immer noch so, dass ein kurzer Flug deutlich günstiger ist, als die gleiche Strecke per Zug zurückzulegen. Das ist unter anderem alles andere als ökologisch sinnvoll. Dieser Ansicht ist offenbar auch der Regierungsrat, der das Anliegen als Postulat entgegennehmen möchte. Für die SP-Fraktion ist zwar nicht ganz nachvollziehbar, wieso der Regierungsrat das Anliegen nicht als Motion entgegennehmen möchte, das Ziel dieses Vorstosses ist aber klar und das ist ja die Hauptsache: Die Einreichung einer Standesinitiative zur Reduktion von Kurzstreckenflügen durch eine Lenkungsabgabe auf Flugtickets. Vielleicht kann der Regierungsrat etwas dazu sagen, weshalb sie das Anliegen als Postulat entgegennehmen möchte.

Bei der letzten Einreichung einer ähnlichen Standesinitiative zur Einführung einer Kerosinsteuer im Jahr 2019 wiesen die Kommissionen von National- und Ständerat unter anderem darauf hin, dass eine Abgabe auf ein Flugticket als zielführender eingeschätzt wurde. Genau das greift dieser Vorstoss nun auf. Es soll mindestens eine nationale Lösung gefunden werden und nicht nur für Basel und Region. Es geht weder um Verbote noch um Bevormundung, sondern um eine Lenkung zugunsten des Klimas. Dieses Anliegen befürwortet die SP-Fraktion, weshalb sie den Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat unterstützt.

Stephan Ackermann Maurer (Grüne) ist es eine Freude, den Voten zuzuhören. Es gibt immer wieder Lichtblicke und er hofft, ebenfalls etwas beitragen zu können. Es ist spannend, wie die FDP und die GLP sich darüber streiten, wer liberaler ist. Stephan Ackermann hat es einfacher: Er ist grün mit einem liberalen Geist. Deshalb kann die Grüne/EVP-Fraktion die Motion unterstützen – und selbstverständlich auch ein Postulat.

Weiter ist es spannend, wie man in seiner Freiheit und in Besitz eines gesunden Menschenverstands bereit ist, die Welt an eine Wand zu fahren. Auf der ganzen Welt gibt es ökologische Katastrophen. Hier drin wird aber in einer Art debattiert, als wäre weiterhin alles gut. Stephan Ackermann erwartet vom Landrat viel griffigere Massnahmen als ein Auftrag zur Einreichung einer Standesinitiative. Aber nicht einmal das kriegt der Landrat hin. Für die Zukunft sieht Stephan Ackermann weder blau noch grün, sondern zuerst rot und dann schwarz.

Tim Hagmann (GLP) richtet sich an seine Freundinnen und Freunde auf der liberalen Seite: Gzim Hasanaj hat bereits in einem vorherigen Traktandum das Plenum daran erinnert, wo die Freiheit eines Einzelnen beginnt und wo sie endet. Die Botschaft der FPD und der SVP an die Menschen, die in Allschwil leben und vom Fluglärm betroffen sind, lautet, dass diese halt weiterhin unter dem Fluglärm leiden sollen, damit alle anderen so viel und so oft fliegen können, wie sie möchten. Ein Flugzeug zu nutzen, um nach Paris zu kommen, ist Unsinn. Das hat auch Balz Stückelberger gesagt. Der Grund, weshalb dies aber dennoch getan wird, liegt darin, dass es billiger ist, als den Zug zu nehmen. Das Preissignal ist falsch. Daran möchte man aber nichts ändern. SVP und FDP sollen ihre Position, nichts gegen den Fluglärm machen zu wollen, transparent machen.

Peter Riebli (SVP) entgegnet, dass die SVP-Fraktion sehr wohl etwas gegen den Fluglärm machen wolle. Eine Verschiebung von Zürich und Genf auf den französischen Teil des EAP soll verhindert werden. Die Unterstützung dieses Anliegens würde dafür sorgen, dass mehr Flüge starten. Peter Riebli wollte das eigentlich gar nicht ausführen, da Standesinitiativen normalerweise das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben sind – so die Erfahrungen aus den letzten 20 Jahren. Peter Riebli ist nicht einmal sicher, ob die Standesinitiativen in Bern überhaupt gelesen werden oder direkt im Shredder landen. Auf jeden Fall ist noch nie etwas daraus entstanden. Über diese Lenkungsabgabe hat das Schweizer Volk schon einmal abgestimmt und zwar im Rahmen des CO₂-Gesetzes 2021. Dieses wurde absolut versenkt. Das Klimagesetz hat die Lehren daraus gezogen und solche Dinge nicht vorgesehen. Die Lenkungsabgabe wurde vom Schweizer Volk abgelehnt. Nochmals: Standesinitiativen sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben werden. Aber selbst wenn diese Standesinitiative einen Effekt hätte, würde eine Verschiebung vom Schweizer Teil des EAP zum französischen Teil stattfinden. Darauf hat Balz Stückelberger richtigerweise hingewiesen. Es wurde nun über Flüge und die innerfranzösische Verbotskultur diskutiert. Heute fliegt von Basel kein einziger Flieger nach Paris-Orly. Wieso nicht? Weil man mit dem TGV schneller ist. Die Marktwirtschaft funktioniert also. Man wartet doch nicht zwei Stunden, bis man eingchecked ist, fliegt eine Stunde nach Paris und wartet wieder zwei Stunden, bis man in der Stadt ist. Tim Hagmann hat den Flugplatz Charles de Gaulle erwähnt. Dieser fällt in Frankreich aber als Umsteigeflughafen eben nicht unter das Kurzstreckenverbot. Das ist nun einmal einfach so. Wenn man die Augen vor diesen Fakten verschliesst, kommt man nicht weiter. Es ist klar bewiesen, dass eine Einführung in der Schweiz dazu führen würde, dass Passagiere, die früher von Zürich flogen, künftig vom französischen Teil von Basel-Mulhouse abfliegen würden. Die Lärmbelastung würde als noch steigen. Das ist der Grund, weshalb die SVP-Fraktion dieses Anliegen ablehnt – und nicht, weil sie Fluglärm mag. Es gibt auch sehr viele SVP-Mitglieder, die in Nähe des Flugplatzes leben und unter der Lärmbelastung leiden. Wenn man aber etwas tut, muss es etwas Sinnvolles sein, das den Menschen dient. Diese Kriterien erfüllt weder eine Standesinitiative noch das vorliegende Konzept einer Lenkungsabgabe, das derart einfach umgangen werden kann. Es bräuchte griffigere Massnahmen, die hier aber nicht vorliegen. Deshalb wird dieses Anliegen von

der SVP und der FDP versenkt. Es sorgt für Beschäftigung von vielen Personen, ohne jeglichen Ertrag.

Simon Oberbeck (Die Mitte) nimmt vorweg, dass die Mitte-Fraktion den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat klar ablehne. Wer geschäftlich unterwegs ist und nach Brüssel, Rotterdam oder nach Deutschland muss, hat sicherlich erlebt, dass Termine nicht eingehalten werden konnten, weil die Züge nicht gemäss Fahrplan verkehrt sind, woraufhin man auf halber Strecke eigentlich wieder umkehren konnte. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn nun versucht wird, die Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen. Wenn die Kapazität auf der Bahn nicht vorhanden ist, dann wird auf andere Verkehrsträger ausgewichen. Dort liegt das Problem begraben und nicht darin, dass nur noch Kurzstreckenflüge gewollt sind. Vielleicht zielt Tim Hagmann auf diejenigen ab, die privat schnell nach München fliegen möchten oder wohin auch immer. Aber dem geschäftlichen Praxistest hält dieser Vorstoss sicherlich nicht stand und würde somit eine weitere Belastung für die Wirtschaft darstellen.

Christina Wicker-Hägeli (GLP) stimmt Simon Oberbeck zu: Geschäftsflüge müssen eine sichere Sache sein, was es mit der deutschen Bahn nicht ist. Geschäftsreisen werden jedoch in der Regel vom Arbeitgeber bezahlt und dann kann auch ein teurerer Flugpreis bezahlt werden. Das ist also kein Argument.

Markus Meier hat gesagt, es gebe keine unnötigen Flüge. Dem ist aber sehr wohl so. In der Pharmaindustrie in Basel tätige Personen pendeln beispielsweise jedes Wochenende nach London oder nach Deutschland, weil sie ihren Wohnsitz nicht nach Basel oder in den Kanton Basel-Landschaft verlegen wollen. Unabhängig davon, wer diese Flüge bezahlt, erachtet sie Christina Wicker als unnötig. Man könnte sich ja darauf beschränken, einmal im Monat nach Hause zu fliegen.

Manuel Ballmer (GLP) übernimmt die Aufgabe, die falschen Aussagen richtigzustellen, da Tim Hagmann bereits zweimal gesprochen habe und sich nicht mehr melden dürfe. An Peter Riebli: Weshalb gibt es keinen Flug von Basel nach Paris-Orly? Weil dies innerhalb Frankreichs verboten ist. Der Abflug von Basel erfolgt von französischem Boden. Entsprechend gilt französisches Luftfahrtrecht. So der Wissensstand von Manuel Ballmer.

Zur Lenkungsabgabe: Es wird niemandem verboten, das Flugzeug zu nehmen. Es muss lediglich ein höherer Preis bezahlt werden. Die Lenkung führt zu einer Preiserhöhung. Das ist ja auch deren Sinn und Zweck. An Simon Oberbeck: Es kann übrigens auch passieren, dass der EAP wegen einer Bombendrohung gesperrt wird, was es ebenfalls schwierig macht, rechtzeitig zu einem Termin im Ausland zu erscheinen.

Wieso kommt man nun erneut mit diesem Anliegen? Ein Hauptargument für die Ablehnung der damaligen Standesinitiative war, dass die Schweiz keinen Alleingang machen könne. Dies hat sich in der Zwischenzeit geändert, in Frankreich und in Belgien beispielsweise. Ergo ist es richtig, dies auch in der Schweiz noch einmal zu diskutieren.

Was den Nutzen von Standesinitiativen anbelangt, kann man geteilter Meinung sein. Die Papiere der SVP werden bei der GLP auch nicht immer als sehr wertvoll erachtet und auch die heute angepriesene Qualitätssicherung innerhalb der FDP lässt ab und an zu wünschen übrig, wenn beispielsweise Vorstösse gebracht werden, die innerhalb der eigenen Fraktion gelöst werden können. Aber dieses Thema muss nicht weiter vertieft werden und man kann jetzt über diese Standesinitiative abstimmen.

Martin Dätwyler (FDP) *[spricht den Landratspräsidenten mit Grossratspräsidenten an, wird von diesem korrigiert, grosse Heiterkeit im Plenum]* stellt fest, dass man wieder einmal in einer Flughafendiskussion stecke. An Tim Hagmann: Wenn Argumente unter Druck geraten, mit Unterstellun-

gen um sich schlagen, ist nicht nötig. Alle Anwesenden können bestätigen, dass sich die FDP-Fraktion in den Diskussionen um Lärmschutz und Flughafen immer dafür eingesetzt hat. Mit der Unterstützung der beiden Delegierten des Kantons im Verwaltungsrat hat der EAP in den letzten Jahren etliche Massnahmen bei den Betriebszeiten in die Wege geleitet, damit die Lärmbelastung besser in den Griff bekommen werden kann. Ebenso wurden massgebliche Reduktionen erzielt. Gegen diese Unterstellung wehrt sich die FDP-Fraktion entsprechend. Sie wirkt immer konstruktiv mit, um die Bevölkerung vor diesem Lärm zu schützen. Das ist selbstverständlich. Aber es handelt sich stets um ein Abwägen. Tim Hagmann hat selber darauf hingewiesen, dass es sich beim EAP um einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in dieser Region handelt. Deshalb ist es klar, dass in diesem Fall der vorgeschlagene Eingriff zu stark ist. Abgesehen davon sind offenbar alle Anwesenden Experten in Fragen der Binationalität. Martin Dätwyler bezweifelt, ob eine Standesinitiative zum EAP rechtlich überhaupt eine Wirkung hat. Das war bereits Thema, als über die Kerosinsteuer abgestimmt wurde. Entsprechend sollen Vorstösse mit Wirkung eingebracht werden. Ein letzter Punkt: Die beiden Baselbieter Verwaltungsräte müssen dafür sorgen, dass sich der Verwaltungsrat der Lärmthematik annimmt. Das wurde getan. Sie müssen sich aber auch dafür einsetzen, dass der EAP ein prosperierender Flughafen bleibt. Deshalb ist dieser Vorstoss abzulehnen.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) fasst zusammen: Der Vorstoss wurde als Motion eingereicht. Der Regierungsrat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Tim Hagmann wurde so verstanden, dass er die Diskussion abwarten wolle und sich dann entscheide, ob er umwandle.

Tim Hagmann (GLP) fragte vorhin den Regierungsrat, was der Grund für die angedachte Umwandlung in ein Postulat sei. Auf die Antwort wartet er weiterhin.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) führt aus, der Regierungsrat habe Stellung bezogen und die Bereitschaft geäussert, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen. In der Debatte wurden einige Aspekte angesprochen, die noch zu klären wären. Aus diesem Grund möchte der Regierungsrat ein Postulat und keine Motion entgegennehmen.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) fragt den Urheber erneut, ob über eine Motion oder ein Postulat abgestimmt werden solle.

Tim Hagmann (GLP) ist verwirrt. Er ist der Ansicht, die Motion sei das richtige Instrument für Standesinitiativen, weshalb eine Umwandlung in ein Postulat unsinnig ist. Tim Hagmann bleibt bei der Motion und wandelt nicht um.

://: Mit 43:29 Stimmen wird die Motion abgelehnt.
